

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

BERLINER EXTRA DIENST

4. Dezember 1968 - 97/11
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

MÄUSEKOT IM TEGEL-ESSEN: ABGEORDNETENHAUS WEISS SEIT EINEM HALBEN JAHR BESCHIED (SEITE 3) - DISKUSSIONS-DOKUMENTATION: WAS HABEN DIE STUDENTEN FALSCH GEMACHT? (SEITE 6) - SPD: SCHARFER ANGRIFF AUF INNENSENATOR NEUBAUER (SEITE 10) - KEIN BRUDERZWIST IM HAUSE SPRINGER: DER NEUE NATIONALISMUS DES KONZERNS (SEITE 10)



"POLIZEI WILL KÜNFTIG FRÜHER EINSCHREITEN" (SIEHE SEITE 2)

SPD WESTBERLIN: STATUT-KOMPROMISS IN AUSSICHT

Unmittelbar nach dem geplatzten außerordentlichen Parteitag der Westberliner SPD (EXTRA-Dienst 95/II), bei dem sich keine Mehrheit für ein Statut-Diktat der Parteirechten fand, begannen Vorstand und Führungsgremien, vorsichtige Kontakte zur Parteilinken anzubahnen. Im Donnerstagskreis der Linken wurde daraufhin in der letzten Woche eine Siebener-Kommission bestimmt, die mit der Kommission der Rechten über ein neues Kompromiß-Statut verhandeln soll. Die erste Sitzung hat bereits stattgefunden. Das wichtigste Problem ist der "Minderheitenschutz" in der Partei, den die Linke durchzusetzen wünscht. Der Kompromiß soll Anfang Januar ausgehandelt sein.

POLIZEI: DEMONSTRANTEN ZU KRIMINELLEN MACHEN

Als "Eskalation der Notstands- und Polizeistaatspraktiken" bezeichnete der Geschäftsführer der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Klaus Vack, die am Wochenende in Frankfurt geäußerte Absicht der "Arbeitsgemeinschaft der Polizeichefs in der Bundesrepublik", in Zukunft härter und früher gegen Demonstranten vorgehen zu wollen. Es sei bezeichnend, daß die Polizeichefs diese offene Kampfansage gegenüber der APO gerade in diesen Tagen aussprechen, wo eine Untersuchungskommission in den USA eindeutig ermittelt habe, daß die Polizei von Chicago bei den Auseinandersetzungen im August dieses Jahres "unter außerordentlich provozierenden Umständen" gegen die Demonstranten vorgegangen sei, und das "Übergewicht der Gewalt" eindeutig auf Seiten der Beamten gewesen sei. Vack, der materielle Gewaltanwendung auch durch Demonstranten ablehnte, stellte fest, daß es vielen Polizeiführern darum gehe, gewaltsame Auseinandersetzungen zu provozieren, Demonstranten als Kriminelle abzustempeln, um dann die demokratische Opposition mit Polizeistaatsmitteln zu liquidieren.

SCHRIFTSTELLER: PROTEST GEGEN LIBERALE TÜNCHE

13 Schriftsteller, die auf Einladung des Westberliner Senats Ende letzter Woche aus ihren Werken im "Haus am Waldsee" lasen, haben in einer Stellungnahme dem Senat vorgeworfen, sie als Aushängeschild für liberale Gesinnung zu mißbrauchen. Die Schriftsteller waren eingeladen worden, im Rahmen einer "Protestveranstaltung" kritische Gedichte zu lesen. In der Erklärung, die von J. Beckelmann, N. Born, F. C. Delius, P. F. Fabich, Erich Fried, R. Haufs, Y. Karsunke, H. Lange, C. Meckel, J. Schenk, P. Schneider, Volker von Törne und Günter Wallraff unterzeichnet wurde, heißt es u. a.:

"Warum einige erklärte politische Gegner des Senats heute plötzlich honoriert werden, wer hier wirklich naiv ist, wissen wir nicht. Auf jeden Fall dürfen wir den Politikern und Kulturpolitikern unterstellen, daß sie ihre Handlungen und Genehmigungen politisch motivieren, daß diese Veranstaltung also einem bestimmten politischen Konzept entspricht. Das heißt konkret: Der Senator für Wissenschaft und Kunst gibt einige tausend DM, verschafft sich nebenbei den Schein einer unverbindlichen Toleranz und läßt 13 Leute an ein ruhiges Plätzchen am Stadtrand laden, wo wenig Störungen und weniger Zuhörer als anderswo zu erwarten sind. . .

Was denkt sich Senator Stein dabei, ein Dutzend Leute zu honorieren, die sein Vorgesetzter, der Regierende Bürgermeister, Woche um Woche anpöbelt? Die zu den potentiellen Opfern seiner Kollegen Neubauer und Hoppe gehören? . . . Wir werden diese Veranstaltung nicht boykottieren, weil wir sie zu unserer Plattform machen wollen und weil wir von dem Honorar die Hälfte an die Opfer des Senats, an die Rechtshilfe der APO, (Post-scheckkonto Berlin-West 2o 35 45) überweisen. "

SDS: BUNDESSEMINAR ZUR JUSTIZ-KAMPAGNE

Gemäß den Beschlüssen der SDS-Delegiertenkonferenz in Hannover wird von der Tübinger Gruppe des SDS gegenwärtig ein Bundesseminar zur Justizkampagne vorbereitet. Der Vorbereitung des Seminars dient ein umfassender Materialaustausch zwischen den einzelnen Gruppen, wobei schwerpunktartig übernommen wurde: Von Tübingen der Komplex Schuld-Strafe, von Westberlin der Komplex Vergangenheit von Richtern und Staatsanwälten, in Hamburg werden Urteile gesammelt, in Mannheim wird der Komplex Rollendefinition der Richter bearbeitet und in Westberlin werden Filme zur Kampagne erarbeitet und gesichtet.

REPUBLIKANISCHER CLUB

FREITAG, 6. Dezember, 20 Uhr: Clubgespräch über "Demonstration und Gewalt". Der Vorstand des RC stellt seine Erklärung zur Demonstration des 4. November zur Diskussion. Es debattieren u. a. Niels Kadritzke und Knut Nevermann mit RC-Vorstandsmitgliedern.

SONNTAG, 8. Dezember, 20 Uhr: "Widerstand in Spanien heute". Joan Esteller und José Suarez berichten über die Situation und singen Widerstandslieder.

TERMINE

FREITAG, 6. Dezember, 19.30 Uhr (bis Sonntag, 8.12.): Spanientagung in der Evangelischen Akademie, 1 Berlin 39, Am Kleinen Wannsee 19. Themen: Die Behandlung der Interbrigadisten in ihrer Heimat (Strecker), Die verbotene Revolution (Nellessen), Spanische Opposition 1968 (Sell), Spanische Folklore (Dünkel), Zur Situation der spanischen Gastarbeiter (Lopez) und Widerstand an den Universitäten (Schütze). Anmeldungen bis 4. Dezember unter Telefon 32 54 03.

FREITAG, 6. Dezember, 20 Uhr: Robert Wolfgang Schnell und Ulf Miede lesen aus neuen Büchern; Lesesaal der Theodor-Heuss-Bücherei, 1 Berlin 62, Hauptstraße 40.

FREITAG, 6. Dezember, 20 Uhr: "Staatsgewalt und Opposition", Befürworter militanter Aktionen befragen Vertreter der Polizei; im "Prisma", 1 Berlin 52, Scharnweberstraße 17 - 20.

SONNABEND, 7. Dezember, 20 Uhr: "Unter Spaniens Himmel", Juan & José singen und informieren im "Prisma", Scharnweberstraße 17 - 20.

EXTRA-REPORT

SO WIRD EIN SKANDAL VERTUSCHT: ABGEORDNETE WUSSTENSEIT EINEM HALBEN JAHR ÜBER MÄUSEKOT IM TEGEL-ESSEN BESCHIED / VON MARTIN BUCHHOLZ

In unserer Stadt rotiert wieder einmal die große Vertuschungsmaschine. Am 16. November berichtete EXTRA-Dienst zum erstenmal über haar- und magensträubende Zustände in der Tegeler Gefängnisküche. Was ist seither geschehen? Die Beschuldigten ermittelten in eigener Sache und bescheinigten sich ein reines Gewissen (was nicht so rein war, wie beispielsweise die Konserven, wurde schnell auf Lastwagen zur Müllkippe gekarrt). Die Aufsichtsbehörde, das Justizvollzugsamt, erstattete Strafanzeige wegen "falscher Anschuldigungen p. p." (so Staatsanwalt Dr. Weimann), der EXTRA-Autor ebenfalls. "Der Tagesspiegel" berichtete dezent über beide Anzeigen und deutete unter der niedlichen Überschrift "Mäuse-Bericht" unsere Vorwürfe in drei Zeilen an. Der Justizausschuß des Abgeordnetenhauses will nicht eingreifen, da demokratische Volksvertreter von einem politischen Schmuddelblatt der APO keine Kenntnis nehmen dürfen, wollen sie nicht den Fraktionsfrieden stören. Ein Skandal wird vertuscht. Und auch Staatsanwalt Dr. Weimann, der uns schriftlich bis zum 15. Dezember mitzuteilen bittet, "ob und gegebenenfalls welche Personen über die bereits in vorerwähntem Artikel benannten Zeugen hinaus zur Stützung Ihrer Behauptungen gehört werden können", wird daran kaum etwas ändern. Wieder einmal wissen Zeitungsleser der "Süddeutschen Zeitung" oder der "Frankfurter Rundschau" wesentlich besser über die Zustände in dieser Stadt Bescheid als die Leser Westberliner Gazetten. Beim "Tagesspiegel" laufen zwar - so Lokalchef Matthes vor zwei Wochen - Recherchen, doch sie werden sicherlich ebenso sang- und klanglos eingestellt werden wie die "Ermittlungen" der Staatsanwaltschaft.

Dabei hätten die Tegel-Ermittler in Moabit oder auch die Justiz-Kritiker im Abgeordnetenhaus gar keine große Schwierigkeit, Zeugen festzustellen, von denen wir bislang noch nicht einmal wußten. Sie brauchen nur in ihren eigenen abgelegten Akten nachzuschlagen. Schon Anfang April nämlich erstattete ein Tegeler Gefangener im Auftrag zahlreicher

Mit-Häftlinge Strafanzeige wegen Übertretung des Lebensmittelhygienegesetzes. Gleichzeitig informierte er das Abgeordnetenhaus und die Amtsärztin von Reinickendorf von seinen Beobachtungen und Erfahrungen. Seit dem 16. August ist dieser Mann wieder in Freiheit und geht einer geregelten Arbeit nach. Nur durch Zufall hörte er in der Sendung "s-f-beat" von der Schmiedeke-Strafanzeige und von unseren Vorwürfen. Die Akte, die er über seine 34-monatige Zeit in Plötzensee und Tegel vorlegte, macht den Skandal vollkommen. Zu Beginn seiner Gefängniszeit wog der körperlich kerngesunde 24jährige 82 Kilo. Da er in Plötzensee als verantwortlicher Gefängniskoch arbeitete, nahm er in dieser Zeit nur acht Pfund ab. In Tegel aber, wo in der Küche nur Zuchthaus-Gefangene arbeiten dürfen und er wie jeder andere Häftling gepflegt wurde, begann die Hungerzeit: Bei seiner Entlassung wog der junge Mann - nennen wir ihn hier Herrn R. - nur noch 64 Kilo. Seine Erklärung: "Entweder gab es zu wenig zum Essen oder das, was es gab, war einfach ungenießbar."

Aus seiner Zeit als Plötzensee-Koch erinnert sich Herr R. auch an einige Einzelfälle, in denen das Essen ungenießbar war. So scheinen "Rinderknochen mit Pelzbesatz" eine allgemeine Knast-Spezialität in Westberlin zu sein. Dennoch: "Ein so mieses Essen wie in Tegel gab es nicht. Und wenn sich in Plötzensee jemand beschwerte, so erhielt wenigstens er bessere Verpflegung."

Wenn sich in Tegel jemand beschwert, liegt ein Instanzenweg mit fünf Etappen vom Zentralbeamten des jeweiligen Hauses bis zum Gefängnisdirektor vor ihm. Wenn auf dieser Weg die Beschwerde nicht abgewürgt ist, geht sie nach draußen. Geändert wird dennoch nichts.

So schrieb Herr R. am 7. April drei fast gleichlautende Briefe: An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, an den Generalstaatsanwalt, an die Amtsärztin in Reinickendorf. Er hatte zuvor eine Umfrage bei den Gefangenen des Flügels C, Station 10, Haus II gestartet, wo er als Kalfaktor bei der Essenausgabe arbeitete. So konnte er detaillierte Angaben machen: "Am 5. 4. 1968 gab es Pellkartoffeln, die so schlecht waren, daß nur 30 Prozent als eßbar bezeichnet werden konnten. Von 9 Kartoffeln, die ausgegeben wurden, mußte ich sechs, mein Mitgefangener 7 wegwerfen. Eine Umfrage unter anderen Gefangenen hat ergeben, daß das die Norm war. Nur jeder 4. Gefangene ist satt geworden." Und weiter: "An diesem Tag gab es auch Salzheringe - "ungenügend gewässert, ungewaschen und so alt, daß sie einen leichten bläulich-lila Schimmer hatten." "Von den 74 Gefangenen auf meiner Station haben nur acht Gefangene den Hering gegessen und sechs sind an dem Mittag satt geworden. Von 34 Gefangenen auf der Arbeitsstelle erklärten nur 2, daß der Hering eßbar ist und 5 sind satt geworden. 4 Gefangene, darunter auch ich, mußten sich übergeben, 2 hatten Durchfall." Und Punkt 3 dieser konkreten Statistik von nur zwei Tagen: "Am 6. 4. 68 gab es Reis. Auch dieser muß als ungenießbar bezeichnet werden, da sich außer allen anderen Unreinheiten auch Mäusekot in ihm befand. Von 42 befragten Gefangenen auf meiner Station haben 31 zugegeben, den Reis weggeschüttet zu haben." Antworten? Vom Gesundheitsamt Reinickendorf, die R. um eine Küchenkontrolle "ohne Vorankündigung" gebeten hatte, hörte er bis heute nichts. Die Staatsanwaltschaft schickte nach zwei Monaten eine hektographierte Mitteilung, daß die Ermittlungen eingestellt worden seien. Man hatte nicht einen der zahlreichen Zeugen im Haus II gehört. Lediglich vom Abgeordnetenhaus kam am 13. Juni ein längerer Brief, unterzeichnet vom Sickert-Vertreter Peter Lorenz (CDU). Zu Punkt 1 hieß es da: "Die Pellkartoffeln waren von handelsüblicher Qualität. Dem widerspricht nicht, daß ein Teil der Gefangenen auch die eine oder andere weniger gute Kartoffel erhalten haben mag." Zu Punkt 2: "Wie lange Heringe gewässert werden sollten, ist eine Frage des persönlichen Geschmacks..." Zu Punkt 3: "Dieses Gericht erfreut sich sonst bei den Gefangenen großer Beliebtheit. Was Sie als Verunreinigung bezeichnen, sind weder Mäuseexkreme noch ähnliche Stoffe, sondern geringe Spuren von Rückständen aus der Reisgewinnung."

Damit sah "der Ausschuß Ihre Eingabe als erledigt an." So einfach ist das: Eine Anfrage bei der Gefängnisverwaltung und die Eingabe ist erledigt. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, begnügt man sich mit offiziellen Auskünften: Egal, ob es die Justiz, die Presse, die ärztliche Aufsichtsbehörde oder das Parlament ist. Die Vertuschungsmaschine läuft und läuft... Leben und Gesundheit von inhaftierten Mitbürgern interessiert alle Aufsichtsbehörden anscheinend einen Dreck. Einen Mäusedreck, um genau zu sein.

HINWEIS DES VERLAGS

UNSERE ABONNENTEN, vor allem diejenigen, die seit einigen Monaten mit ihren Zahlungen im Rückstand sind, werden gebeten, ihre Abonnementsbeträge möglichst schon in den ersten Tagen des Dezember zu überweisen. EXTRA-Dienst muß bis zum Jahresende erheblichen finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

SCHWEDEN: BUNDESWEHR-DESERTEUR IN DIE BRD AUSGELIEFERT

Der zu Beginn des Jahres 1968 aus der Bundeswehr desertierte Oskar Hoferer (EXTRA-Dienst 84/II) wurde am 31. Oktober in Stockholm verhaftet. Er saß in einem Café, als zwei schwedische Kriminalbeamte auf ihn zutraten und mit gezogener Waffe zum Mitkommen aufforderten. Hoferer saß einen Tag bei der Stockholmer Kripo, wobei ihm kein Verkehr mit seinem schwedischen Anwalt, Advokat Frank, gestattet wurde. Hoferer wurde dann gefesselt zum Flughafen gebracht, weigerte sich aber, in gefesseltem Zustand die Lufthansa-Maschine zu besteigen. Die Maschine mußte ohne ihn starten, da die Polizei keinen Zwang anwendete. Hoferer erklärte sich bereit, ohne Handfesseln nach Hamburg zu fliegen. Die nächste Maschine brachte ihn ungefesselt, aber in Begleitung zweier schwedischer Kriminalbeamter nach Hamburg, wo er vom Bundesgrenzschutz erwartet wurde. In Hamburg konnte sich Hoferer mit seinem westdeutschen Anwalt, Kurt Groenewold, in Verbindung setzen. Er wurde inzwischen nach Wuppertal überführt, von wo er desertierte. Groenewolds Antrag, Haftverschonung zu gewähren, wurde abgelehnt. - Hoferers schwedischer Anwalt wollte in Schweden einen Musterprozeß führen, der die schwedische Regierung zwingen sollte, ihm politisches Asyl zu gewähren. Der Prozeß läuft noch.

PERSIEN: ACHT TODESURTEILE DROHEN

Im auch von der persischen Regierung zum "Jahr der Menschenrechte" deklarierten 1968 wurden bisher mindestens neun Todesurteile gegen Oppositionelle vollstreckt, u. a. gegen den Studenten Scharifzadeh (Mai) und gegen sechs Bauern (Oktober), die sich zu einer Oppositionsgruppe zusammengeschlossen hatten. Derzeit stehen 17 Intellektuelle vor Gericht, gegen die der Militärstaatsanwalt in acht Fällen die Todesstrafe, in den übrigen hohe Zuchthausstrafen beantragt hat. Sie waren sechs Monate in Haft, eine Begründung für ihre Inhaftierung erhielten weder sie noch ihre Familien. Der Prozeß findet entgegen der persischen Verfassung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Konföderation iranischer Studenten (CIS) hat zu einer Solidaritätsaktion aufgerufen. Sie fordert die demokratischen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten auf, entweder beim Schah von Persien direkt oder bei der Botschaft des Iran in Köln, beim hiesigen Generalkonsulat oder bei der UNO gegen den Geheimprozeß zu protestieren und zu verlangen: 1. Eine Verhandlung vor einem ordentlichen Schwurgericht gemäß den §§ 10, 76 und 79 der Verfassung des Iran; 2. eine Stellungnahme der Regierung zu Berichten über Folterungen der Gefangenen; 3. Aufhebung der Nachrichtensperre über diesen und andere Prozesse; 4. die Anwesenheit ausländischer Anwälte bei den Prozessen.

FRANKREICH: SEMINARE ÜBER KRITISCHE SCHÜLER

Französische Schüler führen über Weihnachten und Neujahr in Paris und in den Alpen zwei parallel laufende Konferenzen über "La Critique du mouvement lycéen" durch (23.12. bis 2.1.). Zu diesem Seminar sind auch westdeutsche und Westberliner Schüler eingeladen. Die Franzosen geben Fahrtkostenzuschüsse. Kontaktadresse in Paris ist: Pierre Brenac, Rue Bonaparte, Paris VI (Zuschriften nur in französischer Sprache).

S-BAHN: ENDE EINER SELBSTBESTRAFUNG

Westberlin hat wieder eine S-Bahn. Im neu aufgelegten Liniennetz-Verzeichnis der westlichen "Berliner Verkehrsbetriebe" (BVG) ist erstmals seit 1963 wieder die unter östlicher Verwaltung stehende S-Bahn eingezeichnet: mattbraun und ohne die Namen der Bahnhöfe. Die S-Bahn wird außerdem als "Eisenbahn" bezeichnet. Nach dem Bau der Mauer 1961 wurde westlicherseits zum Boykott der S-Bahn aufgerufen. Der nie ganz eingehaltene Boykott brach 1964 völlig zusammen, da die S-Bahn-Tarife unter denen der West-Busse und U-Bahnen liegen.

BUNDESWEHR: FRÜHERE ZEUGNISSE GEFORDERT

Die Bundeswehr drängte bei den Kultusministern auf eine frühere Ausgabe der Abiturzeugnisse. Bisher wurden die Zeugnisse in der Bundesrepublik jeweils im Juli ausgegeben, so daß die Bundeswehr erst zum 1. Oktober Einberufungsbefehle austeilen konnte. Im Jahre 1969 werden die Abiturzeugnisse nach erfolgreicher Intervention schon im Juni überreicht. Der 1. Juli kann also Einberufungstermin sein.

BUNDESWEHR: GEHEIMNISKRÄMEREI UM EIN NICHTS

Das Bundesministerium für Verteidigung verschickt an zahlreiche Journalisten oder Institutionen in Westberlin nichtssagende Presseinformationen, die mit einem fingierten Privatabsender auf dem Kuvert versehen sind. Den Schreiben liegt jeweils ein hektographierter Zettel folgenden Inhalts bei: "Die Angabe eines privaten Absenders auf der Aussenseite dieser Sendung ist eine in Ihrem Interesse liegende Schutzmaßnahme. Sie soll gewährleisten, daß die Sendung äußerlich nicht als amtliches Schreiben der Bundeswehr erkannt wird. Bei Fehlleitungen in die sowjetisch besetzte Zone oder in den Sowjetsektor von Berlin ist damit zu rechnen, daß Postsendungen der Bundeswehr, die äußerlich als solche zu erkennen sind, einer nachrichtendienstlichen Behandlung durch sowjetzonale Stellen unterzogen werden. Dies könnte für den Empfänger nachteilige Folgen haben." Einer der letztthin so angekündigten Sendungen lagen folgende "Informationen" bei: 1: Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Adorno, hält sich in den USA auf, um Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr und der US-Streitkräfte zu besichtigen; er wird am 2. Dezember zurückkehren; 2: Der Bundesverteidigungsminister und der Generalinspekteur der Bundeswehr empfangen auf der Hardhöhe Bundeswehrangehörige, die an den Olympischen Spielen teilnahmen; 3: Das Kommando der 1. Luftlandedivision wurde von Fürstfeldbruck nach Lautlingen (Kreis Balingen) verlegt, nachdem es 1963 von München nach Fürstfeldbruck kam; 4: Die Kreiswehrrersatzämter in den Hamburger Bezirken Altona, Harburg und Nord-Mitte werden zu einer Dienststelle zusammengefaßt und 5: Der Befehlshaber der Seestreitkräfte Nordsee, Kapitän zur See Zimmermann, wurde zum Flottenadmiral befördert.

EXTRA ÜBER UNS

Irgendwie scheint es bei der Deutschen Bundespost nicht mit rechten Dingen zuzugehen, oder doch bei einigen Dienststellen, die mit der Postaufsicht nichts, mit der Postdurchsicht hingegen viel zu tun haben. Vor zwei Wochen erkundigte sich ein EXTRA-Dienst-Leser danach, warum wir dem EXTRA-Dienst jüngst Senatsmaterial beifügen, was wir nie getan haben. Montag nun beschwerte sich ein EXTRA-Dienst-Leser, warum wir ihm in einer EXTRA-Dienst-Tüte zwar nicht den Informationsdienst, dafür aber das "Bäderbuch der Schweiz", herausgegeben vom Schweizerischen Verkehrsverein, zugesandt hätten. Auf diesem Wege an die Postdurchsicht folgende Bitte: Auch in Zeiten erhöhten Arbeitsanfalls die gesichtete Post wieder richtig einzukouvertieren, im Interesse der Staatssicherheit: Sonst ist der Verfassungsschutz schuld, wenn unbescholtene und des EXTRA-Dienstes bisher unkundige Bürger plötzlich per Verfassungsschutz mit dieser Publikation vertraut gemacht und dadurch in ihren gefestigten Ansichten verunsichert werden. Denn irgendein braver Westberliner Rentner, der sich nichts als den Bäderführer der Schweiz bestellt hatte, erhielt nun am Montag den EXTRA-Dienst mit den Fotokopien über die Vergangenheit Kurt Georg Kiesingers. Nicht auszudenken, wenn dieser Rentner nun demnächst nicht in die Schweiz zur Kur, sondern in die TU zum Anti-Kiesinger-Teach-in geht.

EXTRA-DOKUMENTATION

ARBEITER-KONTAKTE: HABEN DIE STUDENTEN FEHLER GEMACHT?

Im III. Programm des Norddeutschen Rundfunks wurde am 19. November in der Sendereihe "Forum" eine Diskussion zwischen dem schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Steffen, der zum linken Flügel der Partei gezählt wird, dem SHB-Mitglied Knut Neumann und dem Hamburger Arbeiter Herbert Kühl statt, der sich selbst als "revolutionärer Arbeiter" bezeichnete. Thema: Arbeiter und Studenten. EXTRA-Dienst dokumentiert aus der Diskussion wesentliche Auszüge:

FRAGE: Haben Sie, Herr Kühl, bei Ihren Kollegen festgestellt, daß die Arbeiter die Studenten als zu überheblich befunden haben? Nicht nur, daß sie ein Vokabular benutzen, das schwer verständlich ist, sondern daß sich die Arbeiter belehrt fühlen?

KÜHL: Ja, zunächst fehlt meist das Grundverständnis überhaupt, was passiert. Ich würde nicht sagen, es ist unbedingt so, daß da keine Basis ist zu den älteren Arbeitern. Und es werden immer nur die Studenten und ihre Formen kritisiert. Ich möchte nicht voraussagen, was geschieht, wenn sich mal die Arbeiter in Bewegung setzen. Ich glaube, die nehmen nachher auch nicht auf irgendein Auto Rücksicht, oder was da sonst im Wege steht.

FRAGE: Glauben Sie, daß die Arbeiter sich in Bewegung setzen werden, oder die Welt in Bewegung setzen wollen? Würden sie dann letztlich doch die Initiative der Studenten aufgreifen und weiter verfolgen?

KÜHL: Ja, wenn man die jetzige Situation nimmt, daß wir grade wieder eine voll laufende Konjunktur haben, dann mag alles noch so schön ruhig laufen, wie es in den vergangenen Jahren gewesen ist. Aber wer kann für die Konjunktur garantieren?

FRAGE: Herr Steffen, ist die Konjunktursituation vielleicht ein Grund dafür, daß es den Anschein hat, als ob das Gespräch zwischen Studenten und Arbeitern überhaupt abgeflaut ist, daß das Interesse auch nicht mehr vorhanden ist, weil die Furcht der Arbeiter um den Arbeitsplatz geringer geworden ist, die Lohnabhängigkeit vielleicht nicht mehr empfunden wird?

STEFFEN: Das glaube ich nicht. Zunächst einmal scheint es mir so zu sein, daß sich die Studenten über ihre Strategie und Taktik - also die bewußte Minderheit - in den Haaren liegen. Damit sind sie also im Moment nach außen nicht sehr aktionsfähig. Aber was in der Bundesrepublik passiert, wenn Branchen- und Strukturkrisen zum Ausbruch kommen, die sich ja völlig unabhängig von der Konjunkturentwicklung entwickeln, dann würde ich Herrn Kühl schon eher zustimmen. Wer da Prophet spielen will, der muß einen größeren Vorausblick haben als ich.

FRAGE: Aber sieht dann nicht alles anders aus als das, was die Studenten in die Wege leiten wollten?

NEVERMANN: Ich finde, es ist ein bißchen falsch gekennzeichnet mit dem Begriff "Gespräch mit den Arbeitern". Wir wollten ja nicht diskutieren um der Diskussion willen, wir wollten auch nicht, daß linke Volkshochschulen mit ein paar studentischen Referenten aufgebaut werden, sondern wir wollten, daß wir an einigen Problemen, die zwar auch Sache der Studenten sind, aber doch im Grund Fragen, die die gesamte Bevölkerung und speziell die Arbeiterschaft angehen, diese Fragen wollten wir überhaupt wieder in die öffentliche Diskussion hineinbringen. Es ist ja nicht so, daß wir eine Solidarisierung der Arbeiter mit uns wollen; das wäre ja reine Manipulation, und das ist der oft, aber meines Erachtens völlig zu Unrecht erhobene Vorwurf des elitären Gehabes. Wir wollten im Grunde einige Fragen zur Diskussion stellen und damit nur die Initialzündung dafür liefern, daß sich diejenigen, die von irgendwelchen Mißständen betroffen werden, selbst Gedanken machen, wie sie diesen Mißständen abhelfen können.

FRAGE: Welche Fragen waren das?

NEVERMANN: Nehmen wir die Notstandsgesetzgebung. Das war ein Thema, das nicht nur die Studenten anging, sondern das eben direkt auch ein Problem der Arbeiter war.

FRAGE: Sind Sie da nicht zutiefst enttäuscht worden von der Haltung der Arbeiter? Oder nur von der Haltung der Gewerkschaften und der SPD?

NEVERMANN: Das hängt davon ab, was man sich vorgestellt hat, was erreicht werden kann. Ich bin da nicht sehr optimistisch gewesen aufgrund der Tatsache, daß die SPD und die Gewerkschaften schließlich und endlich klein beigegeben haben und daß es natürlich für uns sehr schwierig ist, als einer relativ kleinen Gruppe ohne große Publikationsmöglichkeiten, das alles aufzuarbeiten, was von den Institutionen, die es machen sollten,

nicht mehr geschieht...

STEFFEN: Es ist erstaunlich, daß das wechselseitige Verständnis zur Zeit noch so gering ist. Wenn ich den Ansatz der studentischen Denker richtig verstehe - wobei es natürlich die Frage ist, wie weit die Mitläufer ihre Vordenker verstehen - und einfach das nehme, was an Gesellschaftsbewußtsein bei Arbeitern da ist, so stimmen sie weitgehend überein. Die Vordenker der studentischen Linken gehen davon aus, daß an der Basis der Gesellschaft ein Antagonismus, ein Klassengegensatz besteht. Jeder, der die soziologischen Untersuchungen liest, weiß, daß das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter gekennzeichnet ist durch Oben und Unten. Wenn es also zwischen beiden Gruppen zur Zeit nicht funkt, dann sollten diejenigen, die Bücher lesen können, mal darüber nachdenken, woran es liegt. Der Denkansatz über die Struktur der Gesellschaft ist bei beiden gleich.

FRAGE: Sie sagen, dann sollten sie mal sehen, woran es liegt. Wollen Sie die Antwort versuchen?

STEFFEN: Ich habe versucht, das schon zu sagen. Erstens ist, wenn ich das richtig beurteile, jetzt das Grundgefühl nicht bei den Denkern, aber bei der Masse der Studenten - um ein Schlagwort zu nehmen - individual-anarchistisch. Ihr eigentliches Buch, was sie hätte lesen müssen, was die meisten nicht gelesen haben, ist Max Stirners "Der einzige & sein Eigentum". Die Situation des Arbeiters neigt absolut nicht zum Individual-Anarchismus, sondern zu kollektiven Aktionen. Und diese Aktion muß sich richten auf den unmittelbaren Lebensbereich des Arbeiters, von dem her man ihm die gesellschaftliche Situation erklären kann. Was die Studenten gemacht haben, ist dagegen abstrakt, losgelöst, sie haben sozusagen auf die Leute losgelöst von deren Erfahrungsgrundlage eingeredet.

NEVERMANN: Es ist natürlich eine Kritik die stimmt, aber das Problem ist - und das hat noch keiner gelöst, das ist nicht nur ein Problem der APO, sondern auch ein Problem für Herrn Steffen -, wie man das schaffen kann, daß der Erfahrungshorizont des einzelnen Menschen quasi durchgesetzt werden kann und aufgelöst werden kann in einer Kritik, die dann auch zur Veränderung fähig ist. Daß die Entpolitisierung, speziell durch die Springer-Zeitungen, aber auch durch die Mitschuld der Parteien und der Gewerkschaften, uns vor ein beinahe unlösbares Problem stellt, nämlich einmal abstrakte Begriffe wieder in die Diskussion zu bringen. Man muß halt leider Begriffe wie Bewußtsein oder Produktionsverhältnisse, wie Ausbeutung oder Abhängigkeit auch theoretisch voraussetzen können, um daran auch konkrete Änderungen aufhängen zu können. Und dieses Wechselspiel, einerseits ganz konkret sein zu müssen, aber nicht ganz konkretistisch, reformistisch nachher kleine Verbesserungen zu machen wie Mitbestimmung der Kittelfarbe der Leute im Betrieb und ähnliche Dinge, das ist das Problem.

KÜHL: Ich sehe es nicht so gern, daß man immer nur die Studenten kritisiert und sagt: Die Studenten, und auch meine Aufgabe ist es nicht, den Studenten hier gute Ratschläge zu erteilen. Ich möchte mal auf den Vorwurf, daß die Studenten Gewalt angewandt haben, eingehen. Man vergißt ja immer, wenn es bei uns in Deutschland keine Linkspartei gibt, und keine wirklich Linksbewegung, so ist das eine Folge der Gewalt. Die Studenten, die sich jetzt politisiert haben - das ist schnell gegangen, die Leute sind jung und gehen mit Mut und Elan an die Dinge heran. Was ihnen fehlt, ist revolutionäre Erfahrung und organisatorische Geschicklichkeit. Aber das sind Sachen, die man erwerben kann, und nach dem, was ich sehe, sind sie jetzt dabei, sich das zu erwerben.

FRAGE: Herr Kühl, Sie sagten von sich, daß Sie ein revolutionärer Arbeiter sind. Haben Sie von sich aus den Versuch gemacht, Kontakt mit Studentengruppen aufzunehmen?

KÜHL: Das hab ich durchaus.

FRAGE: Mit Erfolg?

KÜHL: Teils, teils.

FRAGE: Woran lag das?

KÜHL: Sie würden sagen: Generationenproblem. Natürlich sind die Vorstellungen der Leute, die länger in der Arbeiterbewegung tätig sind und die gewisse Vorstellungen von Organisation und Disziplin und Autorität haben, im Augenblick beim antiautoritären Lager nicht so sehr gern gesehen.

FRAGE: Wo liegt jetzt für die Studenten konkret der Ansatz für das Gespräch oder für die Bewußtseinsbildung mit der Arbeiterschaft?

NEVERMANN: Das ist im Grunde ein Lernprozeß gewesen, nämlich die Erfahrung, daß es keinen Zweck hat, allein durch Demonstrationen die gewünschte Initialzündung zu liefern. Man versucht jetzt, Analyse zu treiben, Kritik zu erarbeiten und Veränderungen voranzutreiben. Es gibt jetzt plötzlich eine Menge von ad-hoc-Gruppen, die sich bemühen, Alternativen zu entwickeln. Und es gibt auch in einigen Betrieben durchaus wieder Gruppen von kritischen Arbeitern. Es ist also eine gewisse Veränderung eingetreten. Nicht mehr diese zentralen Demonstrationen, mit mehr oder weniger ansprechenden Formen oder mehr oder weniger mitreißenden Inhalten. Das wird weitergeschehen, zweifellos, aber jetzt doch hauptsächlich eine dezentralisierte Form von Praxis in den verschiedenen Sparten der Berufe.

FRAGE: Herr Steffen, ist sie spürbar, wenn Sie an die SPD denken, wenn Sie an die Gewerkschaften denken, diese Kleinarbeit? Kommen die Mitglieder zu Ihnen und wollen Rat oder Argumente, sind Sie konfrontiert mit diesen Diskussionen?

STEFFEN: Nein. Was sich aber bildet, ist an der Basis der Organisation, wenn ich das richtig sehe, daß man sozusagen zur Selbstverständigung kommen will. Daß man jetzt sagt: Nun wollen wir doch mal die ganzen großen Sprüche weglassen, die Schlagzeilen in den Zeitungen, und mal fragen: Wie ist es nun eigentlich, und was ist in diesem Fall unser Interesse? Das scheint mir der Fall zu sein, das vollzieht sich unabhängig von einer zentralen Leitung.

FRAGE: Besteht die Gefahr einer Entfremdung der Arbeiter von der SPD und von den Gewerkschaften durch diese Diskussion?

STEFFEN: Das glaube ich nicht. Es wird auch auf diese Organisationen selbst ankommen.

FRAGE: Herr Kühl, merken Sie an Ihrem Arbeitsplatz etwas von dieser Diskussion?

KÜHL: Von dieser Art Diskussion noch nicht. Aber von all dem, was inzwischen passiert ist, merkt man auf jeden Fall was von. Zum einen werden heute durchaus politische Themen am Arbeitsplatz diskutiert, was vor einigen Jahren nicht der Fall war, und wenn Sie es direkt wissen wollen, in Akkordfragen treten auch, besonders die jüngeren Kollegen, durchaus schon mit Formen der Studenten auf und lassen sich nicht mehr alles gefallen.

FRAGE: Und ist das schon eine Folge der Diskussion mit den Studenten, oder ist es eine Folge der Gesamtpolitisierung der Gesellschaft?

KÜHL: Es sind mehrere Gründe, die dafür maßgebend sind. Aber der Hauptgrund, der zum Aufbruch der Studenten geführt hat, ist doch in etwa zu sehen in der Krise, die wir hatten, und dem darauf folgenden Eintritt der SPD in die große Koalition. Alle diese Dinge stehen in Wechselwirkung, und die haben sich gemeinsam ausgewirkt.

FRAGE: Herr Steffen, würden Sie heute sagen, daß die Studentenunruhen oder die Unruhen, die den Demonstrationen der Studenten gefolgt sind, zu einer allgemeinen Politisierung des öffentlichen Bewußtseins geführt haben?

STEFFEN: Es ist ähnlich wie in Frankreich: Die Menschen werden bewußter, sie spüren es stärker, daß die Grundlagen ihrer Existenz während der zweiten industriellen Revolution unsicherer geworden sind. Und das Empfinden dafür, daß viele Dinge zueinander nicht passen, ist sicherlich gewachsen, und sagen wir mal, die Studenten haben dem am unvermitteltsten Ausdruck gegeben.

SPD IN NIKOLASSEE: FRAGEN NACH NEUBAUERS ÄUSSERUNGEN

Die Abteilung VIII der Zehlendorfer SPD-Organisation (Nikolassee) hat am 27. November einstimmig eine Resolution zum Fall Gerull gefaßt und diese Resolution der Bundesschiedskommission der SPD in Bonn zwei Tage später zugestellt. EXTRA-Dienst dokumentiert diese Resolution (siehe auch unsere Ausgabe 94/II):

"Die Bundesschiedskommission der SPD entschied am 26. Oktober 1968 im Verfahren gegen den Genossen Gerull, diesen für fünf Jahre von allen Partei- und sonstigen Ehrenämtern auszuschließen.

Anlässlich dieses Verfahrens hat der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Berlin, Kurt Neubauer, sinngemäß folgende Behauptung aufgestellt: Vor der Vietnam-Demonstration vom 18. Februar 1968 hat ihn Bischof Scharf in seinem Amtszimmer aufgesucht und darauf hingewiesen, die Teilnehmer des Vietnam-Kongresses und der geplanten Demonstration seien 'bewaffnet' und bei einer Konfrontation mit der Polizei sei damit zu rechnen, daß diese 'schießen' werden. Die Verhandlung des Schiedsverfahrens wurde als Tonbandprotokoll festgehalten. Der Abteilung Nikolassee liegen mehrere Auslassungen von SPD-Funktionären vor, die beim Schiedsverfahren anwesend waren und diese Äußerungen bestätigen können. Aus der Härte des gegen den Genossen Gerull verhängten Urteils muß entnommen werden, daß gerade diese Auslassungen Neubauers die Kommission besonders nachhaltig beeindruckt haben, waren sie doch geeignet, die Aussage des Genossen Gerull, die politische Führung Berlins schrecke vor einem 'furchtbaren Blutbad' nicht zurück, als besonders böswillige Verleumdung erscheinen zu lassen. Inzwischen liegen Mitteilungen vor die beweisen, daß die Äußerungen Neubauers unwahr sind. So hat der Bischof von Berlin, D. Scharf, mit Schreiben vom 14. November 1968 an die Abteilung Nikolassee und unter Berufung auf eine Pressemitteilung des Evangelischen Konsistoriums über EPD vom 14. November 1968 bestätigen lassen, daß er 'weder in der Besprechung vom 9. Februar 1968 noch bei anderer Gelegenheit' derartige Feststellungen getroffen habe.

Bürgermeister Neubauer hat Bischof Scharf auf Anfrage erklärt, er selbst 'behaupte nicht, daß der Bischof von 'schießen' oder 'Waffen' gesprochen hat.'

Diese Aussage Neubauers steht in Widerspruch zu den oben erwähnten Auslassungen vor der Schiedskommission.

Das Verfahren hat für einen geachteten und schon in der DDR wegen sozialdemokratischer Gesinnung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilten Genossen ein fünfjähriges Antertverbot (beinahe den Ausschluß) mit sich gebracht, das einem 'politischen Tod' gleichkommt.

Die Abteilung Nikolassee fordert, da ganz offensichtlich wichtige Aussagen in diesem Verfahren unwahr sind, die Aufhebung des ergangenen Urteils und eine Neuaufnahme der Verhandlung."

EXTRA-MEINUNG

EIN BRUDERZWIST IM HAUSE SPRINGER? / ODER: WORAUF WIR STOLZ SEIN DÜRFEN / VON HANNES SCHWENGER

Der Chefredakteur der "BZ" läßt in letzter Zeit keine Gelegenheit aus zu betonen, wie sehr sich sein Blatt von anderen Blättern des Hauses Springer unterscheidet. Am vorletzten Wochenende haben Springers Zeitungen sogar geschlossen gegen den eigenen Bruder "Bild" polemisiert. Gegen die "Bild"-Schlagzeile "Die Deutschen sind wieder Nr. 1 in Europa" schreibt die "BZ": "Sicherlich sind in Bonn einige wirtschaftliche und politische Akzente gesetzt worden, die eine Stärkung der deutschen Position bedeuten. Doch sind wir deshalb gleich Nummer eins in Europa geworden?... Wir sollten uns davor hüten, solche Bewertungen allzu eilfertig zu übernehmen und uns stolz auf die Schulter zu klopfen." Rudolf Stiege nennt es in der "Morgenpost" sogar "verhängnisvoll", wenn die Deutschen jetzt "frohlockten, die Bundesrepublik sei nunmehr die Nummer eins Europas". Ein Bruderstreit im Hause Springer? Ein Streit um Zungenschläge. "BZ" und "Morgen-

post" wissen so gut wie "Bild", daß "in Bonn auch neue politische Akzente gesetzt worden sind." Noch am 22. November hat "BZ" selbst triumphiert: "England und Frankreich bissen sich die Zähne aus - die D-Mark war zu hart für sie". Und die "Welt am Sonntag" berichtete von einer wahrhaft nationalen Welle in Bonn: Rehwinkel solidarisierte sich mit der Bundesregierung, Ahlers sprach von einer neuen "Achse Bonn-Rom" und der RCDS demonstrierte vor dem Kongreßgebäude für eine harte Mark - von Schillers Presseabteilung mit Bier und Würstchen belohnt. Eine Spalte weiter erfahren wir von der nationalen Demütigung Frankreichs: Dessen "wohlhabende Bürger nutzten die freie Zeit während der patriotischen Erinnerungsfeiern an den 11. November zum Gedenken an den großen Sieg von 1918, um französische Francs kofferweise über die Grenze nach Deutschland und in die Schweiz zu bringen." (24. 11.)

Man sieht: "Bild" hat durchaus gesagt, was alle dachten. Selbst die getadelte "Nummer eins"-Schlagzeile war ein Zitat aus der Londoner "Times". Nur: Man darf nicht immer sagen, was man denkt. Wer über sein Glück redet, zieht das Unglück an, meint "BZ", weil dann "im Ausland der falsche Eindruck einer deutschen Überheblichkeit entsteht. Das könnte schlimme Folgen haben." (25. 11.)

Macht gehört eben wie Rache zu jenen Delikatessen, die man kalt genießt. Über ihren Genuß bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Zwar ist - so die "Morgenpost" vom 4. 11. - "Kraftmeierei nicht am Platze", aber "der politische Bodengewinn, den die Bundesregierung während der Bonner Währungskonferenz erzielt hat, sollte... für die Aufnahme Englands in die EWG ins Feld geführt werden."

Völlig einig mit "Bild" ist man sich im übrigen Hause Springer auch über die Ursachen der Krise. "Bild": "Würden wir soviel streiken und soviel Pause machen wie andere, müßten wir genauso pumpen gehen wie sie..." "Morgenpost": "Vielleicht beginnt sich dann auch in Frankreich und England die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Deutschen in den letzten zwei Jahren ein wenig härter gearbeitet, ein wenig mehr gespart, viel weniger gestreikt und keine Unsummen für Rüstungsanstrengungen ausgegeben haben, die vom nationalen Prestige diktiert waren, als manche Nachbarländer. "Im Wirtschaftsteil der "Morgenpost" zitiert man beziehungsweise den britischen "Economist" mit der Ansicht, die deutsche Erfahrung zeige, wie gut es für ein modernes Industrieland sei, "wenn es gewisse Dinge tut, nämlich ein festes System der Gewerkschaftsgesetzgebung hat, den Geldumlauf überwacht und wirtschaftliche Anreize statt Gleichmacherei fördert." Daher warnt die "Morgenpost" die Deutschen vor "Übermut": "Denken wir noch an öffentliche Schulden, die besonders bei der Überwindung der Rezession entstanden sind und eigentlich einmal getilgt werden sollten, sowie an die wachsenden Defizite der Sozialversicherung und an die Leichtfertigkeit, mit der unsere Sozialpolitiker der Wirtschaft ständig neue Lasten aufbürden wollen, dann sollten wir uns eben jener Weisheit erinnern, daß jede Währung nur so stark wie ihre Wirtschaft leistungsfähig bleibt." (24. 11.)

Das ist deutlich. Und es zeigt, welches politische Kapital man im Hause Springer aus dem Stolz der Stunde zu schlagen gedenkt: Die Deutschen sollen stolz sein auf ihre kapitalistische Marktwirtschaft, stolz auf die Schulden der Konjunktur, die sie noch bezahlen müssen, stolz auf eine gebremste Sozialversicherung, stolz auf ihre profitstarken Konzerne. Stolz sollen sie die Wirtschaft von den Lasten der Sozialpolitik befreien, stolz dürfen sie sein auf die konzertierte Aktion, stolz auf Gewerkschaften, die nicht streiken, sondern sich in ein festes System der Gesetzgebung spannen lassen. Stolz auf Karl Schiller und Franz-Josef Strauß, die "das Lob ihres Kanzlers verdient" haben ("Bild", 23. 11.). Denn: "Wenn wir schon manchem unserer Nachbarn eher unheimlich denn sympathisch sind, müssen wir wenigstens erfolgreich bleiben... Unsere Minister und unsere Arbeiter wissen das. Solange das so bleibt, solange wir so einig sind wie im Kampf um unsere Mark, braucht uns um unsere Zukunft nicht bange zu sein." ("Bild", 25. 11.)

"Bild" sagt, wie es ist: Solange unsere Minister und Arbeiter solidarisch sind, solange braucht "Bild" nicht um seine Zukunft zu fürchten. Wer die von "Bild" zitierte "Times" zuende gelesen hat, weiß nämlich über einen deutschen Minister: "Frei von jedem Schatten nazistischer Vergangenheit und mit 52 Jahren auf der Höhe seiner politischen Form, hat er gute Aussichten, der nächste Bundeskanzler zu sein." Er, Franz-Josef Strauß.

Beim "Wernesgrüner", dem kühlen Sachsen-Bier für Pils-Freunde, in aller Ruhe Zeitung lesen (circa 30 Titel aus Ost und West) und mit Freunden reden: Täglich ab 18 Uhr in der "Drehscheibe" (früher "Kilroy", Pfalzbürger Straße 20 am Hohenzollerndamm), Übrigens: Demnächst wird auch unser Keller eröffnet mit einem "Untergrund"-Programm auf der Mini-Bühne.

SONDERHEFT DER "DISKUSSION"

"Zur Situation der Linken in der Bundesrepublik" ist der Titel der "diskussion" Nr. 26, die soeben erschienen ist. Das Heft bringt u. a. Beiträge von Heinz-Joachim Heydorn ("Zur Zukunft der Linken"), Helmut Gollwitzer ("Votum zum Problem der Gewalt"), Siegfried Heimann ("Die Entwicklung des SDS zur antiautoritären Bewegung"), Karl-Bernd Hasselmann ("Radikale Demokratie in der Evangelischen Kirche") und Hans Friemond ("Kritischer Katholizismus"). Das Heft kostet DM 2.00 und ist zu beziehen durch den Buchhandel oder von der DIS, 1 Berlin 33, Gelfertstraße 45.

SCHON WIEDER EINE KNEIPE IN BERLIN...

Am Sonntag wurde in der Sybelstraße 49 (ein paar Schritte vom Lehniner Platz entfernt) eine neue "Kneipe" eröffnet: "Litfaß"! Hier können Sie alles an die Wände, auf die Tische, an die Säulen schreiben, malen, zeichnen, was Sie wollen. Es gibt Underground-Filme, Beat, Soul, Jazz und noch manche andere Überraschung.

ZWEI ZIMMER, möbliert, Bad, zentral gelegen, in Gemeinschaftswohnung, Zimmer je 130,- DM, ab 1. Januar 1969 frei, Anfragen Telefon 465 39 96.

EINZIMMERWOHNUNG, möbliert, mit Telefon, im Wedding, DM 100,-, ab 1. Januar 1969 frei. Anfragen 465 39 96

WER KOCHT für uns (8 Kinder) ein- bis fünfmal in der Woche im Kinderladen Steglitz? Bitte melden unter Telefon 773 77 55.

STUDENT, nach halbjährigem Exil aus Schweden heimkehrend, sucht ab 1. Januar (oder etwas früher oder später) separates Zimmer, Wohnung oder Zimmer in Studentenwohnheim, möglichst Moabit, Kreuzberg oder Nähe Hohenzollerndamm. Angebote unter ED 97/II oder telefonisch bei EXTRA-Dienst.

===== bestellschein =====

EXTRA-DIENST GMBH 1 BERLIN 31 PFALZBURGER STRASSE 20 TEL. 86 21 89

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate, zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden. Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto der EXTRA-Dienst GmbH, Berlin-West, Nr. 8521, oder auf das Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712.

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: